

An das
Landes- als Handelsgericht
Firmenbuch
6020 Innsbruck

AKTUALISIERTE FASSUNG

des

GESELLSCHAFTSVERTRAGS

der

Peakmedia digital signage GmbH

FN 567262 i

Gesellschaftsvertrag

§ 1 Firma

Die Firma der Gesellschaft lautet: Peakmedia digital signage GmbH

§ 2 Sitz

Der Sitz der Gesellschaft ist in 6341, Ebbs.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

§ 3 Gegenstand des Unternehmens

1. Die Softwareentwicklung und die Ausübung des Gewerbes des Werbegrafikdesigns.
2. Gegenstand des Unternehmens ist weiters die Vermögensverwaltung
3. Gegenstand des Unternehmens ist weiters der Kauf, die Entwicklung, der Verkauf, die Vermietung und die Verpachtung von Immobilien.
4. Der Handel mit Waren aller Art.
5. Außerdem ist die Gesellschaft zu allen Handlungen, Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig bzw. erforderlich erscheinen, insbesondere der Erwerb bzw. die Pacht sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit gleichen oder ähnlichen Unternehmensgegenstand.

§ 4 Stammkapital, Stammeinlage

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 36.000,--
(in Worten: sechsenddreißigtausend EURO).
2. Das Stammkapital wird in folgenden Stammeinlagen übernommen:

3.

		Anteile in EUR	Hierauf geleistet
Samuel Geisler		12.000,--	6.000,--
Alois Oppacher		12.000,--	6.000,--
Jonas Wilhelm		12.000,--	6.000,--

Die Gesellschafter haben bereits die eingeforderten Beträge von

je EUR 6.000,--

als Bareinlage in Höhe von gesamt EUR 18.000,--
(in Worten: achtzehntausend EURO) geleistet.

Der auf das Konto der Gesellschaft eingezahlte Betrag befindet sich in der freien Verfügung der Geschäftsführer.

§ 5 Dauer und Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet. Sie entsteht mit der Eintragung im Firmenbuch.
2. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit dem Tag der Eintragung in das Firmenbuch und endet am darauffolgenden 31.12.. Die weiteren Geschäfts- und Wirtschaftsjahre beginnen somit jeweils am 01.Jänner und enden jeweils am 31.12. jeden Jahres.

§ 6 Vertretung und Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Gesellschaft wird, wenn nur ein Geschäftsführer bestellt ist, durch diesen selbstständig vertreten. Wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, wird deren Vertretungsrecht durch Gesellschafterbeschluss geregelt.
3. Die Firma der Gesellschaft wird derart gezeichnet, dass der Zeichnende dem Firmenwortlaut seine Unterschrift beisetzt.
4. Sofern im Einzelfall nicht abweichende Regelungen getroffen werden, unterliegen die Geschäftsführer keinem Konkurrenzverbot.

§ 7 Geschäftsanteile

- 7.1. Die Geschäftsanteile sind teilbar und übertragbar. Bei einer Teilung von Geschäftsanteilen muss das kleinste Teilstück mindestens EUR 100,00 betragen. Im Übrigen bedarf die Teilung oder Übertragung von Geschäftsanteilen grundsätzlich der Zustimmung aller Gesellschafter. Der veräußerungswillige Gesellschafter hat im Falle einer beabsichtigten Abtretung den übrigen Gesellschaftern den Geschäftsanteil im Verhältnis ihrer Beteiligung anzubieten. Sie haben in diesem Fall binnen 30 Tagen unter Einhaltung der Form des § 76 GmbHG zu erklären, ob sie die angebotenen Geschäftsanteile übernehmen. Für den Fall der Übernahme haben sie den Abtretungspreis gemäß § 8.5 binnen 30 Tagen nach Eintragung der erfolgten Abtretung in das Firmenbuch zu bezahlen.
- 7.2. Die Geschäftsanteile sind grundsätzlich frei vererbbar. Die Rechtsausübung mehrerer an einem Geschäftsanteil mitberechtigter Erben gegenüber der Gesellschaft kann jedoch nur durch einen gemeinsamen Vertreter erfolgen. Wenn im Todesfall eines Gesellschafters hinsichtlich des Geschäftsanteiles bzw. Teiles hiervon als Rechtsnachfolger Nichtgesellschafter berufen sind, so sind die übrigen Gesellschafter berechtigt, den angefallenen Geschäftsanteil im Verhältnis ihrer Stammeinlagen an der Gesellschaft unter Einhaltung der Form des § 76 GmbHG zu übernehmen. Die Rechtsnachfolger des verstorbenen Gesellschafters sind im Fall der Geltendmachung des Aufgriffsrechtes verpflichtet, den anfallenden Geschäftsanteil an die übernahmeberechtigten Gesellschafter abzutreten.

Dies gegen Zahlung des Abtretungspreises gemäß § 8.5..

§ 8 Kündigung von Geschäftsanteilen — Auflösung der Gesellschaft

- 8.1. Die Gesellschaft wird außer den im Gesetz bestimmten Gründen auch durch Kündigung durch einen der Gesellschafter aufgelöst. Die Kündigung ist jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist durch eingeschriebenen Brief an die Geschäftsführung zu erklären. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Postaufgabe des Kündigungsschreibens spätestens am letzten Tag des ersten Geschäftshalbjahres erfolgt. Die Geschäftsführung ist verpflichtet, unverzüglich alle anderen Gesellschafter nachweislich von der Aufkündigung zu verständigen.
- 8.2. Die übrigen Gesellschafter können jedoch die Fortsetzung der Gesellschaft beschließen. Ein Verstreichen der Kündigungsfrist ohne Fortsetzungsbeschluss und Erklärung der übrigen Gesellschafter, den Geschäftsanteil des aufkündigenden Gesellschafters übernehmen zu wollen, bewirkt die Auflösung der Gesellschaft. Sofern die fortsetzungswilligen Gesellschafter sich nicht über eine Aufteilung des Geschäftsanteiles des aufkündigenden Gesellschafters einigen, ist dieser im Verhältnis der Geschäftsanteile der fortsetzungswilligen Gesellschafter von diesen zu übernehmen.
- 8.3. Zur Fortsetzung der Gesellschaft und Übernahme des Geschäftsanteiles sind nur jene Gesellschafter verpflichtet, die für die Fortsetzung gestimmt haben. Die anderen

Gesellschafter werden als der Kündigung beigetreten angesehen, ihre Geschäftsanteile sind ebenfalls von den fortsetzungswilligen Gesellschaftern nach Maßgabe der Bestimmungen des vorstehenden Vertragspunktes zu übernehmen.

- 8.4. Wird Über das Vermögen eines Gesellschafters ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse trotz Antrag die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens vom Gericht abgelehnt, so sind die übrigen Gesellschafter berechtigt, seinen Geschäftsanteil im Verhältnis ihrer Einlage zum vorgesehenen Abtretungspreis gemäß § 8.5. des Vertrages zu erwerben, sofern dies mit den Bestimmungen des Insolvenzrechtes im Einklang steht.
- 8.5. Die Abtretungspreise werden im Kündigungs- oder Insolvenzfall sowie in den übrigen im Vertrag genannten Fällen von einem Wirtschaftstreuhänder als Schiedsgutachter errechnet, auf den sich die übertragenden und übernehmenden Gesellschafter geeinigt haben. Kommt eine solche Einigung nicht binnen eines Monats ab Postaufgabe des Kündigungsschreibens gemäß § 8.1. dieses Vertrages zustande, so werden die Abtretungspreise von jenem Wirtschaftstreuhänder, der die letzte Jahresbilanz erstellt hat, errechnet. Bei der Berechnung der Abtretungspreise ist vom Verkehrswert zum Kündigungstichtag auszugehen.
- 8.6. Die Auszahlung des Abtretungspreises erfolgt in zwei Halbjahresraten, deren erste sechs Monate nach dem Kündigungstichtag, frühestens jedoch mit Feststellung des Abtretungspreises fällig ist. Den verbleibenden Gesellschaftern steht eine raschere Auszahlung frei. Der Abtretungspreis bzw. seine aushaftenden Raten werden ab dem Kündigungstichtag mit 5 % p.a. kontokorrentmäßig verzinst. Die Auszahlung der Zinsen erfolgt gemeinsam mit der letzten Rate.

§ 9 Generalversammlung

- 9.1. Gesellschafterbeschlüsse werden in der Generalversammlung oder unter den Voraussetzungen des § 34 GmbHG schriftlich im Umlaufwege gefasst.
- 9.2. Die Einberufung der Generalversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung mittels eingeschriebener Briefe an die der Gesellschaft zuletzt bekanntgegebenen Anschriften sämtlicher Gesellschafter oder durch sonstige Verständigung mit Empfangsnachweis. Die Einberufungsfrist beträgt 14 Tage, wobei der Tag der Generalversammlung nicht mitzählt.
- 9.3. Einberufungsmängel werden durch die Anwesenheit oder rechtsgültige Vertretung aller Gesellschafter geheilt.
- 9.4. Die Generalversammlung ist zur Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern, zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Entscheidung über alle Fragen zuständig, die ihr zur Beschlussfassung vorgelegt werden und nicht kraft Gesetzes einem anderen Organ vorbehalten sind. Zu den Aufgaben der Generalversammlung

gehört auch die Diskussion und Beschlussfassung über das jeweilige Jahresbudget des Folgejahres.

Das Recht des Gerichtes und Bestellung eines Geschäftsführers in dringenden Fällen gemäß § 15a GmbHG, sofern die erforderlichen Geschäftsführer dieser Gesellschaft fehlen sollten, oder das Recht des Gerichtes auf Abberufung eines Geschäftsführers aus wichtigen Gründe gemäß § 16 Abs. 2 GmbHG werden durch vorstehenden Absatz nicht eingeschränkt.

9.5. Zur Leitung der Generalversammlung sind die Geschäftsführer abwechselnd in der Reihenfolge ihres Lebensalters berufen.

9.6. Beschlüsse werden mit 3/4tel Mehrheit gefasst, sofern nicht nach dem Gesetz oder diesem Vertrag eine höhere Mehrheit erforderlich ist. Hierbei gewährt je EUR 100,00 übernommener Stammeinlage eine Stimme, jedem Gesellschafter kommt mindestens eine Stimme zu.

Die Generalversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft oder an jedem anderen Ort in Tirol, den die Gesellschafter einvernehmlich bestimmt haben, statt.

Die Verwendung des Bilanzgewinnes ist einem Beschluss der Generalversammlung vorbehalten.

Folgende Geschäfte und Rechtshandlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Generalversammlung:

Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen oder Unternehmen.

Errichtung oder Stilllegung von Betrieben.

Erwerb, Veräußerung und Belastung von Liegenschaften.

Festlegung des jährlichen Budgets (bestehend aus Investitionen- und Finanzplan, Planbilanz und Plan G+V).

Investitionen, die EUR 50.000,00 Anschaffungskosten im Einzelnen und insgesamt in einem Geschäftsjahr EUR 100.000,00 übersteigen.

Aufnahme von Anleihen, Darlehen und Krediten, die EUR 50.000,00 im Einzelfall und insgesamt in einem Geschäftsjahr EUR 100.000,00 bzw. bei Leasingfinanzierung ein entsprechendes Finanzierungsvolumen übersteigen.

Geschäfte, die bereits von einem festgelegten Budget gedeckt sind, bedürfen keiner gesonderten Zustimmung.

§ 10 Bekanntmachungen — Einladungen

10.1. Bekanntmachungen der Gesellschaft an die Gesellschafter werden durch nachweisliche, persönliche Übergabe oder durch eingeschriebene Briefe an die der Gesellschaft zuletzt bekanntgegebenen Anschriften vorgenommen.

§ 11 Gründungskosten

- 11.1. Die mit der Errichtung und Registrierung der Gesellschaft verbundenen Kosten und Abgaben werden bis zu einem Höchstbetrag von EUR 5.000,00 von der Gesellschaft getragen und sind in den Jahresabschluss des ersten Geschäftsjahres als Betriebsausgabe einzusetzen.

§ 12 Allgemeine Bestimmungen

- 12.1. Sollten einzelne Punkte dieses Vertrages nichtig sein, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht. Die Gesellschafter verpflichten sich diesfalls, anstelle der nicht rechtswirksamen Bestimmungen unverzüglich solche zu beschließen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen am nächsten kommen.
- 12.2. Zur Entscheidung über alle Streitigkeiten der Gesellschafter untereinander, wie auch zwischen Gesellschaft und den Gesellschaftern, und zwar auch nach deren Ausscheiden, ist das jeweils sachlich kompetente Gericht am Sitz der Gesellschaft zuständig.

§ 13 Ermächtigung

Die Vertragsteile ermächtigen und beauftragen hiermit Herrn Mag. Thomas Frischmann, Rechtsanwalt in 6323 Bad Häring, Dorfpassage 1, die zur Durchführung bzw. Eintragung der Gesellschaft vom Firmenbuchgericht verlangten notwendigen Änderungen dieses Gesellschaftsvertrages in notarieller Form vorzunehmen und alle zum Zwecke der Gründung und Registrierung der Gesellschaft erforderlichen Nachtragserklärungen in einfacher und notarieller Form abzugeben. Ebenfalls für die Ausübung des Stimmrechtes in einer allenfalls nötigen Generalversammlung. Weiters wird Mag. Thomas Frischmann, Rechtsanwalt, bevollmächtigt Firmenbuchanträge beglaubigt zu unterfertigen um allfällige Änderungen oder Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages beim Firmenbuch anzumelden.

§ 14 Allgemeine Bestimmungen

Soweit in diesem Vertrag keine besonderen Bestimmungen getroffen sind, gelten für die Gesellschaft die Bestimmungen des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der jeweils gültigen Fassung.

Ich, Dr. Erwin Koller, öffentlicher Notar, mit dem Amtssitz in Kufstein und der Amtskanzlei 6330 Kufstein, Georg Pirmoser-Straße 2, bescheinige hiermit gemäß § 51 Absatz 1 GmbHG, dass die geänderten Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags mit dem Generalversammlungsbeschluss vom 28.06.2023 (achtundzwanzigster Juni zweitausenddreißig) über deren Änderung und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Firmenbuch eingereichten vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrags übereinstimmen. -----
Kufstein, am 28.06.2023 (achtundzwanzigster Juni zweitausenddreißig).-----




Dr. Erwin Koller
Öffentlicher Notar